

Presseinformation

Wiesbaden, den 2. November 2006

Nr. 191

Häusliche Gewalt:

Justizminister Jürgen Banzer: „Wegschauen ist nicht entschuldbar. Schutz vor häuslicher Gewalt ist eine öffentliche Aufgabe“

Wiesbaden/Frankfurt.- „Häusliche Gewalt, also die Gewalt, die innerhalb von Beziehungen im häuslichen Umfeld ausgeübt wird, ist die am häufigsten auftretende Form von Gewalt. Sie kommt in allen Bevölkerungsschichten vor und ist somit ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Diskussion über das Phänomen der häuslichen Gewalt führt dazu, dass auch die Opfer die an ihnen verübte Gewalt nicht länger als Privatsache betrachten, sondern erkennen, dass sie Opfer von Straftaten sind. Der Schutz der Opfer ist eine öffentliche Aufgabe, der wir uns in Hessen mit besonderem Nachdruck widmen. Wegschauen ist nicht entschuldbar“, erklärte der Hessische Justizminister Jürgen Banzer heute in seinem Grußwort zur Fachtagung der hessischen Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt zum Thema „Trennung nach häuslicher Gewalt – eine gefährliche Zeit für die Opfer“ in Frankfurt am Main

Mit der Gründung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt im Hessischen Ministerium der Justiz sei ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Gewalt in Familien geleistet worden, so Jürgen Banzer weiter. Leitgedanke sei, dass Fällen von häuslicher Gewalt am sinnvollsten durch kurze Kommunikationswege und interdisziplinäre Zusammenarbeit begegnet werden könne, die auf den von der Koordinierungsstelle veranstalteten Tagungen besonders gefördert werden: „Je besser die vom Opfer angesprochene Person über die verschiedenen Hilfsysteme informiert ist und auf ein breit verankertes Netzwerk zurückgreifen kann desto besser gelingt die Bekämpfung und Verhinderung häuslicher Gewalt“, so der Minister. Beim Justizmi-

nisterium ist auch der Landespräventionsrat angesiedelt, der seit 1992 in verschiedenen Arbeitsgruppen Konzepte zur Kriminalitätsverhütung erarbeitet. Zwischen der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt und dem Landespräventionsrat gibt es eine enge Kooperation.

„Ich bin zuversichtlich, dass aufgrund der hessischen Gesetzesinitiative „Stalking“ die schwere Belästigung einer Person mit einem eigenen Straftatbestand unter Strafe gestellt werden wird. Damit erhöht sich auch der Schutz im häuslichen Bereich, weil sich mehr als die Hälfte aller Stalking-Fälle in ehemaligen Partnerbeziehungen entwickeln und in Einzelfällen bis zum Tod des Stalking-Opfers eskalieren“, erklärte Jürgen Banzer.

Der Minister betonte abschließend: „Gerade die Erfahrungen in der Familie sind prägend und können dazu führen, dass Gewalterfahrungen wiederum zu eigenem gewalttätigen Handeln führen. Dieser Kreislauf muss so früh wie möglich unterbrochen werden. Wir helfen daher den Opfern auf ihrem Weg aus der häuslichen Gewalt.“

Hinweise:

Die von einer Staatsanwältin geleitete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt besteht seit dem 1. Februar 2006. Ihre Einrichtung ist in dem vom Kabinett beschlossenen „Aktionsplan des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich“ vorgesehen. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Entscheidung des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Justizministeriums wurde die Landeskoordinierungsstelle in das Justizministerium integriert.

Im Landesaktionsplan des Kabinetts heißt es dazu unter anderem:

„Aus Landesmitteln wird eine Landeskoordinierungsstelle eingerichtet, die regionale Initiativen unterstützt und die fachliche Qualität von Intervention und Hilfe durch Information sowie landesweite Fortbildungen für die Bereiche des Inneren, der Justiz, der Gesundheitsversorgung und der Jugendhilfe mit sichert.“

Zur praktischen Umsetzung dieser Ziele bietet die Landeskoordinierungsstelle interdisziplinäre Fortbildungen für die mit dem Thema Häusliche Gewalt befassten Professionen an. Eine solche fand im März dieses Jahres bereits in Oberaula zum Thema „Häusliche Gewalt und Stalking“ statt. Durch Aufklärungskampagnen will die Landeskoordinierungsstelle das Thema noch stärker in die Öffentlichkeit bringen, um so zu verdeutlichen, dass es sich bei häuslicher Gewalt nicht um eine Privatsache der Betroffenen handelt, sondern dass Straftaten verwirklicht werden. Auch will die Landeskoordinierungsstelle die vielen örtlichen Initiativen unterstützen, um bewährte regionale Modelle für ganz Hessen fruchtbar machen zu können. Bereits 26 hessische Kommunen haben örtliche Arbeitskreise gegen häusliche Gewalt eingerichtet. Schließlich sollen die staatlichen Interventionsmechanismen – auch im Bereich der Justiz – optimiert werden, um durch konsequente Intervention auf Strafverfolgungsebene die Opfer vor weiteren Übergriffen zu schützen.

26 Menschen – meistens Frauen – waren im Jahr 2004 Opfer von Tötungsdelikten, denen häusliche Gewalt vorangegangen ist. Im Jahr 2004 waren in über 2.800 Fällen Kinder und Jugendliche allein dadurch von häuslicher Gewalt betroffen, dass sie die Gewalt zu Hause miterleben mussten.